

Kantonsrat

Parlamentsdienste

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

Medienmitteilung

JUKO befasste sich mit parlamentarischen Aufträgen zur Raserei.

Solothurn, 6. Juli 2009 – Die kantonsrätliche Justizkommission (JUKO) befasste sich unter der Leitung von Konrad Imbach (CVP, Biberist) mit vier verschiedenen parlamentarischen Aufträgen zum Thema Raserei und befand den von der "Arbeitsgruppe Raser" vorgelegten Bericht als sehr informativ.

Thomas Zuber, Kommandant der Polizei Kanton Solothurn präsentierte der Kommission den Bericht der Arbeitsgruppe Raser. Die JUKO befand diesen Bericht als sehr informativ und gut und stützte sich bei der Beurteilung der Aufträge zur Raserei mehrfach auf ihn ab. Die Arbeitsgruppe wurde vom Regierungsrat am 25. November 2008 eingesetzt um die gesetzlichen Bestimmungen über die allgemeinen Massnahmen zur Verhütung und Ahndung sogenannter Raserunfälle zu überprüfen.

Standesinitiative zur Schaffung der nötigen bundesrechtlichen Grundlagen für die bessere Ahndung der Raserei

Die Kommission stimmte dem Antrag auf Erheblicherklärung im Sinne der Regierung einstimmig zu. Der Auftrag der Fraktion FdP verlangt, dem Kantonsrat eine Standesinitiative vorzulegen, die auf Bundesebene die Schaffung der nötigen gesetzlichen Grundlagen für die bessere Ahndung der Raserei ermöglicht.

Standesinitiative zur Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften betreffend Raser

Die Kommission stimmte dem Antrag auf Erheblicherklärung im Sinne des Regierungsrates ebenfalls einstimmig zu. Der Auftrag von Roland Heim (CVP, Solothurn) verlangt, dass eine Standesinitiative zur Verschärfung der gesetzlichen Vorschriften betreffend extremer Überschreitung der Höchstgeschwindigkeit für Motorfahrzeuge ausgearbeitet und dem Kantonsrat vorgelegt wird. Zu prüfen seien insbesondere die Verhängung von Untersuchungshaft ab einer bestimmten Höhe der Geschwindigkeitsüberschreitung, der obligatorische Einbau einer Black Box, die vorsorgliche Verhängung eines Fahrverbots für das Tatfahrzeug, das Einziehen, Verschrotten oder der Verkauf des Tatfahrzeugs und ein Motorfahrzeugverbot.

Massnahmen gegen Raser

Der Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung und Abschreibung wurde einstimmig angenommen. Der Auftrag der Fraktion SP/Grüne verlangt, dass der Regierungsrat ein Massnahmenpaket zur Bekämpfung des Rasertums aufzeigt und prüft welche gesetzlichen Grundlagen für eine nachhaltige Prävention benötigt werden.

Vorhandene Sanktionsmöglichkeiten des Kantons bei schwerer Überschreitung der Vorschriften über die Höchstgeschwindigkeit bei Motorfahrzeugen besser nutzen

Die Kommission stimmte auch dem Antrag des Regierungsrates auf Erheblicherklärung mit geändertem Wortlaut zu. Der Regierungsrat hat beantragt, die im Bericht der AG Raser aufgezeigten Massnahmen umzusetzen. Der Auftrag von Roland Heim (CVP, Solothurn) verlangt eine Überprüfung der Bundesrechtlichen Vorschriften welche strengere Sanktionen bei schwerer Überschreitung der Vorschriften über die Höchstgeschwindigkeit bei Motorfahrzeugen ermöglichen würden. Zudem sei aufzuzeigen welche Änderungen kantonaler Gesetze, Verordnungen, Reglemente, Weisungen oder anderer Erlasse vorzunehmen wären, um der Raserproblematik besser gerecht werden

zu können und ob zusammen mit den Fahrlehrern ein geeignetes Ausbildungsmodul entwickelt werden könnte.

Weitere Auskünfte erteilt:

Konrad Imbach, Präsident Justizkommission, 079 340 87 59